

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/241

Bonn, den 17. Dezember 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Konferenz der Zweideutigkeit	105

Vor dem Abschluß der Pariser NATO-Konferenz

3 - 3 a	Kleine Erinnerung an die Zeit des politischen "Dreiecks"	64
---------	---	----

Warum zahlt die Bundesrepublik "blaue" KP-Renten ?

3 a	Überflüssig Aufhebung des KP-Verbots ?	27
-----	---	----

4, 5 - 6	Sparsamkeit am falschen Ende Zum Kulturretat des Auswärtigen Amtes Von Georg Kahn-Ackermann, MdB	142
----------	--	-----

***** Zur Beachtung *****
Der SPD-Pressediens wird morgen, am Freitag, dem
18. Dezember 1964, einen abschließenden Bericht
über das Ergebnis der Pariser NATO-Tagung veröf-
fentlichen. Die Redaktion

Konferenz der Zweideutigkeit

Vor dem Abschluß der Pariser NATO-Tagung

G.M. - Zur Zeit Paris

Drei Ereignisse beherrschten am Mittwoch und Donnerstag die NATO-Konferenz in Paris. An erster Stelle steht der sehr deutliche Versuch der französischen Delegation, Außenminister Dr. Schröder von den übrigen Delegationen zu isolieren und damit die Deutschlandinitiative des Außenministers der Bundesrepublik "totlaufen" zu lassen. Ob Couve de Murville und damit natürlich de Gaulle vor aller Welt klar machen will, daß der französischen Regierung "die ganze Richtung", das heißt die Verbundenheit der Bundesrepublik mit den USA, als dem wichtigsten und stärksten Bündnispartner nicht paßt, ist allein das Geheimnis des Generalpräsidenten. Jedenfalls lassen offizielle französische Erklärungen erkennen, daß die Bundesrepublik wohl sehr bald mit einem Vorstoß von Paris auch für einen militärischen Alleingang rechnen muß, wobei die übrigen Staaten der europäischen Sechser-Gemeinschaft nach dem Willen de Gaulles eine untergeordnete Rolle spielen sollen. Paris und Bonn, nur das zählt im Augenblick für de Gaulle. Deshalb muß Schröder, von dem bekannt ist, daß er zu den "Atlantikern" in der deutschen Politik gerechnet werden, den "schwarzen Peter" auf der Pariser Konferenz zugeschoben bekommen. Vielleicht, so denkt man bei der französischen Delegation, besorgen die Gegner Schröders in der CDU/CSU dann den Rest.

Unmögliches Verfahren

An dieser Stelle ist ein Wort der Kritik an der deutschen Pressebetreuung in der Begleitung Schröders notwendig. Mit einer geradezu rührenden Naivität - um kein anderes Wort zu gebrauchen - fummelt der deutsche Pressevertreter des Bonner Auswärtigen Amtes mit Erklärungen in der Gegend herum, als habe er noch nie etwas davon gehört, wie geschickt die Franzosen große internationale Konferenzen pressenmäßig manipulieren. Wenn man davon nichts versteht, soll man zuhause bleiben. Es ist unmöglich, in kleinem Kreis "harte" Erklärungen abzugeben, gewissermaßen eine Rakete aufsteigen zu lassen. Außenminister Schröder wäre gut beraten, wenn er sich darauf besinnen sollte, wem mit einer solchen Pruscharbeit gedient ist.

Die mysteriösen Atomminen

Das zweite, die Konferenz beherrschende Thema war die angeblich von deutscher Seite kommende Anregung, man solle an der Zonengrenze einen atomaren Minengürtel legen, mit dessen Hilfe ein möglicher Angriff "in die Luft gejagt" werden soll.

Dem Vernehmen nach soll Verteidigungsminister von Hassel diesen Vorschlag als "Beispiel für eine wirkungsvolle Vorwärtsverteidigung" gemacht haben. Von deutscher Seite wird dagegen behauptet, das Projekt sei Teil einer NATO-Planstudie, die noch geprüft werde.

Wie dem auch sei: die französische Presse, natürlich inspiriert von der französischen Delegation, (so macht man das!) schiebt auch in diesem Falle den deutschen Freunden den schwarzen Peter zu und meditiert darüber, wie denn "die Deutschen" die Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden erreichen wollen, wenn sie ernsthaft in Erwägung zögen, ihr Deutschland erst einmal in die Luft fliegen und vereachen zu lassen.

Das ist bitterer Hohn; das paßt aber genau in die Frage des französischen Außenministers an Dr. Schröder hinsin, wie man in Bonn die Sympathie für eine MLF mit dem Wunsch nach Wiedervereinigung in Einklang bringen wolle.

Dean Rusk - de Gaulle ohne Ergebnis

Die dritte Episode des an Ereignissen reichen Mittwoch war der zweite Besuch des amerikanischen Außenministers Dean Rusk bei General de Gaulle. Beim Verlassen des Elysee-Palastes, machte Dean Rusk ein Gesicht, als wolle er sagen, er habe sein Möglichstes getan aber nichts erreicht. Das Resultat des Gesprächs:

- * Vorläufig kein Treffen Johnson - de Gaulles.
- * Frankreich bleibt bei seinen nationalen Atombewaffnungsplänen und wird - das versicherten amerikanische Delegationsmitglieder - "bald seine europäischen Freunde ersuchen, sich an der französischen und von den USA unabhängigen Atomstreitmacht beteiligen." In welcher Form die Verteidigung erfolgen soll, wurde nicht gesagt.

Frankreich verfolgt auch weiterhin in Südostasien (Vietnam) seine eigene Politik, ist aber großzügigerweise bereit, den USA seine guten Dienste und langjährigen Erfahrungen als führende Kolonialmacht in diesem Gebiet zur Verfügung zu stellen.

Übereinstimmung Paris-Washington in der Behandlung des Kongo-Problems, allerdings mit der Einschränkung, daß de Gaulle sich nicht unbedingt allen amerikanischen Vorstellungen von einer möglichen Befriedung des Kongo anschließen will.

De Gaulle sieht sich als Führer des Europa der Sechs

Der Rest? Dean Rusk hat gesagt bekommen, Johnson könne nur dann damit rechnen, daß Europa eines Tages - wie Kennedy es einmal ausgedrückt hat - "mit einer Stimme sprechen" werde, wenn er einsähe, daß de Gaulle mehr von Europa verstehe als die Amerikaner und daß man infolgedessen ihn - de Gaulle - die Führungsrolle in Europa überlassen müsse.

* * *

Während aller dieser sich mehr am Rande der NATO-Konferenz abspielenden aber ihr Klima bestimmenden Vorgänge bemühte sich der amerikanische Verteidigungsminister Mac Namara darum, seinen Kollegen klar zu machen, wie mächtig und schlagkräftig das Verteidigungsdispositiv der NATO dank der Amerikaner in Europa sei. (Entsprechende Zahlen sind inzwischen veröffentlicht worden. Die Redaktion)

Frankreichs Verteidigungsminister Messmer dagegen erläuterte unter eigenem Schweigen der übrigen Verteidigungsminister die atomaren Verteidigungspläne Frankreichs, wurde jedoch von seinem britischen Kollegen Healy höflich darauf aufmerksam gemacht, es wäre doch gut, wenn man bei den brillanten atomaren "Planspielen" auch an die Finanzen der beteiligten Nationen denken würde. Wie verlautet, hat Messmer diese Bemerkungen Healys mit einem Achselzucken quittiert ... Wenn nicht noch ein Wunder geschieht, dürfte das Abschlußkommunique der diesjährigen Ministertagung der NATO ziemlich mager ausfallen. Natürlich wird man sich gegenseitig bescheinigen, wie sehr man bestrebt bleibt, das Verteidigungsbündnis weiterhin zu stärken und man wird vielleicht auch erklären, daß man sich in Zukunft besser als bisher bei politischen Fragen konsultieren werde.

+ + +

- 3 -

(Der SPD-Pressedienst wird morgen, Freitag, einen abschließenden Bericht über das Ergebnis der Pariser NATO-Konferenz veröffentlichen. Die Redaktion)

Kleine Erinnerung an die Zeit des politischen "Dreiecks"

Warum zahlt die Bundesrepublik "blaue" KB-Renten?

Rw. - Der Beschluß des Bundestags, den ehemaligen Angehörigen der sogenannten "Blauen Division" Renten nach den deutschen Vorschriften für die Kriegsofferversorgung zu gewähren, wurde in der Öffentlichkeit kaum beachtet, noch weniger die ablehnende Haltung der SPD zu dieser Frage richtig verstanden.

Die Zeit ist zweifellos unserem zeitgeschichtlichen Bewußtsein schon ferne, da General Franco seinen Freund Adolf Hitler eine Division zur Zweck der Bolschewistenbekämpfung an der Ostfront zur Verfügung stellte. So wird denn auch die politische Bedeutung dieses Bündnisses oftmals nicht richtig verstanden. Es war nämlich ein Bündnis, das der Gleichartigkeit der politischen Ideologie der zu jener Zeit bestehenden totalitären Staaten entsprang. Schließlich hatte General Franco bei Hitler nicht nur erhebliche Reichsmarkschulden für geliefertes Kriegsmaterial, sondern auch eine politische Schuld für die im spanischen Krieg von Hitler-Deutschland geleistete Hilfe.

Der spanische Staatschef war sich dessen auch bewußt, und hielt mit seiner Meinung keineswegs hinter dem Berg. Acht Tage nach dem Beginn des deutsch-russischen Krieges befahl er bereits die Bildung einer Freiwilligentruppe. Das war am 30. Juni 1941. Ein wenig später, am 17. Juli sprach er vor dem Nationalrat der Staatspartei "Falange" über diese Freiwilligentruppe und gab dabei eine heute noch bemerkenswerte Grundsatzerklärung ab.

- * "Die Axe (Berlin-Rom) ist nunmehr ein Dreieck", meinte der spanische Staatschef, "denn sie umfaßt nunmehr Deutschland, Italien und Spanien. Der Krieg wurde begonnen, und die Alliierten haben ihn verloren..."

und an einer anderen Stelle der gleichen Ansprache:

- * "Die Demokratie und der Liberalismus sind in unserer Zeit überwundene Begriffe. Der Triumph des Nationalsozialismus ist für jedermann erkennbar. Der sinnlose Konflikt, der durch die Kriegserklärungen Englands und Frankreichs entstand, ist zum logischen Endpunkt gekommen. Die Alliierten haben den Krieg bereits vollständig verloren..."

Man waren aber frisch-fröhliche Krieger für den Feldzug in Osten zwei Jahre nach Beendigung des mörderischen Bürgerkrieges nicht leicht zu finden. Es mußten schon alle Hebel angesetzt werden, um sogenannte Freiwillige für diese Parteigruppe zusammenzubekommen. Denn die "Blaue Division" war eben eine Parteitruppe, wie die braunen Bataillone, die Hitler zur Zeit des Kampfes um die Macht in Deutschland aufmarschieren ließ. In Deutschland war die totalitäre Parteidiktatur braun, um faschistischen Italien schwarz und in Franco-Spanien blau; daher "Blaue" Division. Wer aus politischen oder Gründen des Strafrechts eine Gefängnisstrafe abzusitzen hatte, konnte durch eine Meldung zur Blauen Division die Gefängnistore schnell öffnen. Politische Gefangene meldeten sich zwar nicht, wohl aber gezogene Soldaten der republikanischen Armee im Bürgerkrieg, die, weil sie im falschen Heer gedient hatten, mehr Dienstzeit im Heer des nationalistischen Spanien aufgebürdet bekommen hatten oder den Arbeitsbataillonen zugeteilt wurden. Aus diesen und

Sparsamkeit am falschen Ende

Zum Kulturretat des Auswärtigen Amtes

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Die diesjährigen Haushaltsberatungen über den Kulturretat des Auswärtigen Amtes haben erneut gezeigt, daß sich die Bundesregierung und die Abgeordneten der Koalition weder über die Bedeutung der Aufgabe im klaren sind, noch über die eindeutigen Prioritäten auf dem Gebiet auswärtiger Kulturarbeit, noch über die Möglichkeiten, die sich für die deutsche Aussenpolitik hier bieten. Was schlimmer ist, die Mitglieder des Haushaltsausschusses, soweit sie der Regierungskoalition angehören - allen voren der Haushalts Sprecher der CDU und Berichterstatter für die auswärtige Kulturarbeit, der Abgeordnete Conring - ließen sich bei der Beratung dieser eminent politischen Aufgaben wie in vergangenen Jahren offensichtlich von haushaltstechnischen Überlegungen leiten.

Der Finanzminister hatte schließlich nach langer und zähen Verhandlungen 130 Millionen DM als das im Jahre 1965 nötige Minimum für allgemeine Maßnahmen der Auswärtigen Kulturpolitik zugestanden, dazu noch 55 Millionen DM für den Unterhalt und den Ausbau des deutschen Auslandschulwesens. Nichtsdestoweniger kürzte der Haushaltsausschuß diese Position um 4,2 Millionen, wobei die Mittel für eine Reihe von wichtigen Aufgaben unter den Tisch fielen. Schuld an den Kürzungen trägt freilich die Bundesregierung selber, die nachträglich den Kulturhaushalt mit einer notwendig gewordenen Erhöhung der Lehrergehälter, einem 2 Millionen-Beitrag an die Kennedy-Bibliothek und 720.000 DM deutschen Beitrag an die Amerikahäuser belastete, ohne daß der Finanzminister dafür eine Mark zur Verfügung stellte.

Typisches Beispiel von Gedankenlosigkeit

Nun ist der Beitrag für die Bostoner Kennedy-Bibliothek ein typisches Beispiel dafür, mit welcher Gedankenlosigkeit in Schoß der Regierung pompöse Beschlüsse gefaßt werden, ohne daß ein Pfennig Geld zu ihrer Ausführung bereitgestellt wird. Natürlich empfinden auch wir Sozialdemokraten diesen Beitrag zu der dem Andenken an den großen amerikanischen Präsidenten gewidmeten Bibliothek als Ehrensache; aber gerade deswegen sollte er nicht zu den deutschen Versprechungen gehören, die man nur erfüllen kann, wenn man dem Empfänger zugleich an anderer Stelle etwas abzwackt.

Solche Versprechungen gibt es viele. Zum Beispiel hat der Bundeskanzler bei seinen Besuchen in Rom, Brüssel, den Haag und London versprochen, die kulturellen Beziehungen Deutschlands zu diesen Ländern zu intensivieren. Nicht eine Mark steht für die Erfüllung dieser Zusagen im Haushalt. Es gibt auch eine Zusage der Bundesregierung, sich mit 5,5 Millionen am Ausbau des Weizman-Instituts in Jerusalem zu beteiligen; die Bundesrepublik ist seit einigen Jahren 2,5 Millionen davon schuldig geblieben. Seit Jahren besteht zumindest moralisch eine Zusage der Bundesrepublik, sich an der Rettung der Tempel von Abu Simbel zu beteiligen; ihre Einlösung hat der Finanzminister auch in diesem Jahre wieder verweigert. Damit ist Deutschland, das Hunderte von Millionen für gigantische

Entwicklungsprojekte im nahen Osten auszugeben sich verpflichtet hat, das die ägyptische Rüstungsindustrie mit deutscher Kapitalhilfe beträchtlich subventioniert hat, demnächst über weitere Kapitalhilfe mit den Ägyptern verhandeln wird, die einzige westliche Kulturnation, die nicht an der Rettungskaktion für Abu Simbel teilnimmt. Der deutsche Anteil wäre etwa 4 Millionen DM, verteilt auf vier Jahre, gewesen.

Von fragwürdigen Wert

Dieselbe Bundesrepublik hat zudem binnen dreier Jahre ihre Mittel für Militär- und Rüstungshilfe auf eine unsere technische Hilfe übersteigende dreistellige Millionen-summe gesteigert. Der Wert dieser Hilfe, soweit es sich nicht um Waffenerlieferungen an unsere unmittelbaren Verbündeten handelt, ist äußerst fragwürdig. Sie ist weder unserem internationalen Ansehen noch der deutschen Politik sehr förderlich. Gemessen an diesen Summen klingt es geradezu wie ein Witz, daß der CDU-Abgeordnete Schwing die Streichung von 50.000 DM für eine deutsche Ausstellung alter Waffen in Japan veranlaßt, weil "dadurch das Bild eines militaristischen Deutschland im Ausland gefördert werden könnte". Welchen Wert haben solche Gesten angesichts der vom Schleier tiefster Geheimnistuerei vernebelten deutschen Waffenlieferungen?

Die Regierungsmehrheit im Haushaltsausschuß hatte ihre Aufmerksamkeit mit großem Gewinn den Problemen des Wirtschaftsplans für das Auslandsschulwesen zugewandt. Die nach diesem Wirtschaftsplang vorgesehenen Mittel sind im Haushaltsjahr 1965 auf 56,5 Millionen gestiegen. Eine ganze Reihe der Auslandsschulen verdankt ihre Existenz nur der Prestigebedürfnis deutscher Missionarische und der Oberschicht deutscher Kolonien und keineswegs einer überlegten und geplanten Auslandsschulpolitik. Mit diesem Urteil soll der Wert derjenigen Schulen, die ihren Zweck erfüllen, in keiner Weise gemindert werden, aber es ist hohe Zeit, daß eine zur Geldverschwendung führende Wurstelei auf dem Gebiet des Auslandsschulwesens überlegter Planung und einer entsprechenden Flurbereinigung weicht.

Schuld an den in die Millionen gehenden Fehlinvestitionen auf diesem Gebiet ist außerdem eine seit Jahren als unzulänglich kritisierte personelle Besetzung des Schulreferats im Auswärtigen Amt. Seit fünf Jahren verhindern Meinungsverschiedenheiten in der Bundesregierung die Errichtung einer Bundesanstalt für das Auslandsschulwesen und praktisch bleibt die Verantwortung für rund 170 Schulen, Tausende von Lehrern und einen 56 Millionen-Stat Arbeit einsamen vier höheren Beamten im Schulreferat des Auswärtigen Amtes überlassen. Sie ersticken seit Jahren in der Arbeit. In der ganzen Bundesverwaltung gibt es keine ähnlich unzureichende Verwaltung für ein so großes Aufgabengebiet mit einem so großen Etat.

Mißverhältnis von Aufwand und Wirkung

Würden auf dem Gebiet unseres Auslandsschulwesens endlich Klarheit, Einsicht und überlegte Planung einkehren, so könnte der Außenminister, der sich sonst so gut wie gar nicht um die auswärtige Kulturpolitik kümmert, nicht neuerdings ein Schulprojekt nachdrücklich fördern, welches geradezu ein Musterbeispiel für das in unserer

Auslandsschulpolitik nicht seltene Mißverhältnis von Aufwand und Wirkung ist. Die Errichtung einer repräsentativen Begegnungsschule in Washington - um die handelt es sich - würde mindestens 12 Millionen DM kosten. Ganz abgesehen davon, daß angesichts der umfangreichen Schüleraustauschprogramme zwischen Deutschland und den USA eine solche Schule vielleicht überhaupt nicht notwendig ist, fragt man sich doch, wo denn eigentlich die Schwerpunkte unserer auswärtigen Kulturarbeit liegen? Für Ausgaben, die für die deutsche Außenpolitik ungleich viel wichtiger sind, konnte in diesem Jahr nicht einmal ein Hundertstel dieser Summe bereitgestellt werden.

So ist zum Beispiel durch die Streichung der 4,2 Millionen DM erneut das lang geplante und dringlich gewordene Projekt ins Wasser gefallen, in den Ostblockstaaten den Erwerb deutscher Bücher durch Subventionen erschwinglich zu machen. Damit würden nicht nur alte kulturelle Bande neu geknüpft, sondern es wäre auch ein Schritt auf dem Wege getan, das Deutsche als lingua franca in Osteuropa zu erhalten.

Nicht weniger bestürzend ist, daß die Bundesregierung auch nach Verabschiedung des Haushaltsplans ihre gegenüber der UNESCO eingegangenen Verpflichtungen für das Jahr 1965 nicht eingehalten hat.

Das Hamburger UNESCO-Institut, für das die Bundesrepublik ab 1965 weitgehende Verpflichtungen übernommen hat, hängt 1965 - mit einem gänzlich unzulänglichen Betrag dotiert - völlig in der Luft und wird wohl im kommenden Jahr seine Arbeit ruhen lassen müssen. Die deutsche UNESCO-Kommission mußte sich sogar mit einer Kürzung gegenüber dem Haushalt 1964 abfinden, obwohl die Regierung ihr eine Erhöhung der Mittel zugesichert hatte.

... wird uns noch einmal teuer zu stehen kommen

Man gewinnt aus alledem den fatalen Eindruck, daß durch das Mitspracherecht, welches der Bundesfinanzminister auch in Details auf einem ihm mehr oder weniger sachfremden Gebiet ausübt, der Primat der Politik und des politischen Planes hinfällig, das Politische zu einer Nebensache wird. Es ist in der Tat soweit gekommen, daß Ausgleich und Deckung innerhalb eines bestimmte Aufgaben umfassenden Ausgabentitels wichtiger zu sein scheinen, als die Wirksamkeit, welche die Bundesrepublik auf einem der wenigen Gebiete, wo sie aktiv um ihre politischen Anliegen ringen kann. Die Pfennigfuchserei auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturpolitik wird uns noch einmal teuer zu stehen kommen. Wir haben zwar inzwischen Frankreich und Großbritannien an Wirtschaftskraft überbunden, aber wir geben noch nicht einmal die Hälfte von dem aus, was jede dieser von uns verbündeten Nationen für die Darstellung ihrer kulturellen Persönlichkeit vor der Welt auszugeben bereit ist.

Zugegeben, daß ein gutes Programm und ein überzeugender Inhalt der auswärtigen Kulturpolitik wichtiger sind als die Möglichkeit, aus dem Vollen zu schöpfen. Leider mangelt es bei uns an beidem.